

**Einbringung des Ersten Nachtragshaushaltes 2010 und des  
Haushaltes 2011  
des Landkreises Kassel**

Herr Kreistagsvorsitzender,  
meine Damen und Herren,

der Kreisausschuss legt Ihnen den am 25. Oktober 2010 festgestellten Ersten Nachtragshaushalt 2010 und den Haushalt 2011 mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung vor.

Um gleich mit dem Sparen anzufangen: Ich habe mir erlaubt, die Einbringung des Nachtragshaushaltes 2010 und des Haushaltes 2011 zusammenzufassen – damit sind zumindest ein paar Seiten weniger an gedrucktem Papier entstanden.

Ich möchte mich zu Beginn meiner Ausführungen auch in diesem Jahr für die Erstellung des Nachtragshaushalts 2010 und des Haushaltes 2011 sowie das umfangreiche Erläuterungswerk im Namen des Kreisausschusses und ich hoffe auch im Namen des Kreistages bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanz- und Rechnungswesen bedanken, die erneut mit großem persönlichem Engagement dafür gesorgt haben, dass der Haushalt 2010 ohne größere Reibungsverluste abgewickelt wird und gleichzeitig die Vorbereitungen für den Haushalt 2011 so fristgerecht abgeschlossen werden konnten, dass der Haushalt noch in diesem Jahr beschlossen werden kann.

Mit Blick auf den Rekordfehlbedarf, der mit dem Haushalt 2011 vorgelegt wird, müsste man sicher feststellen, dass die Arbeit am Zahlenwerk kein Vergnügen gewesen ist und dass man an sich keine großen Ausführungen zum Haushalt machen dürfte. 48,9 Millionen Euro Jahresfehlbedarf 2011 – da fehlen einem die Worte und man müsste umgangssprachlich gesagt „das Buch zumachen“. Die HNA hat formuliert, dass der Kreishaushalt 2010 am Abgrund stand und dass man jetzt einen Schritt weiter sei. Das mag stimmen – allerdings stimmt auch, dass dieser

Schritt ins Bodenlose kein eigenständiger Fortbewegungsakt war, sondern viel mehr ein intensives Schubsen von verschiedenen Seiten.

Ich hatte bereits im letzten Jahr angekündigt, dass das Jahr 2011 mit hoher Wahrscheinlichkeit noch problematischer werden wird, als das Jahr 2010. Ich hätte an dieser Stelle gern Unrecht gehabt.

Kommen wir zu den nackten Zahlen: Den Erträgen im Ergebnisplan in Höhe von **203.777.435** Euro stehen Aufwendungen in Höhe von **252.691.006** Euro gegenüber. Das ergibt einen Fehlbedarf von **48.913.571** Euro. Von den Zahlen des Nachtragshaushalts 2010 ist das ein Fehlbedarfs-Zuwachs von 27.489.837 Euro.

Zum 31. Dezember 2011 werden **186,8** Millionen Euro Fehlbeträge aufgelaufen sein und **140,4** Millionen Euro Investitionsschulden.

Und auch heute will ich Ihnen den Blick in die Zukunft nicht ersparen: Der ebenfalls eingebrachte Ergebnis- und Finanzplan sieht für die Jahre 2012-2014 jeweils wieder Fehlbedarfe von mehr als 40 Millionen Euro vor.

Im letzten Jahr habe ich einige grundsätzliche Ausführungen zum Funktionieren der Volkswirtschaft in meine Einbringungsrede eingeflochten. Ich habe in der Vergangenheit auch regelmäßig versucht, die Gründe für die negative Entwicklung der Kreisfinanzen zu erklären. Dabei habe ich fast gebetsmühlenartig auf die wegbrechenden Einnahmen und das Missverhältnis zwischen Finanzausstattung und Aufgabenumfang bei den kommunalen Gebietskörperschaften hingewiesen. Wenn ich mir die Diskussion des vergangenen halben Jahres anschau, dann habe ich den Eindruck, dass mittlerweile viele Bürger, aber auch die Medien und nicht zuletzt auch die Politiker in Bund und Ländern die Dramatik der Finanzsituation der kommunalen Haushalte begriffen haben. Allerdings ist der Weg vom Begreifen zum Handeln immer noch sehr weit, so dass wir in Hessen und auch von der Bundesregierung immer noch auf entscheidende Signale für eine Veränderung dieser Situation warten.

Der neue Hessische Ministerpräsident und sein neuer Finanzminister haben angekündigt, dass es einen Schutzschirm für die Kommunen geben soll. Einige von Ihnen wird es sicher überraschen, dass die Begeisterung für diese Maßnahme bei den Kommunen und Landkreisen äußerst verhalten ausgefallen ist.

Statt Rettungsschirme verbal anzukündigen, würden sich die kommunalen Gebietskörperschaften mehr über aktive und tatkräftige Unterstützung bei der Verbesserung unserer Finanzausstattung freuen. Die Begrifflichkeit Rettungsschirm geht im übrigen voll an der Realität der Haushaltsituation der Kommunen und Landkreise vorbei. Der Begriff Rettungsschirm wurde in der Bankenkrise verwandt – bei den Kommunen und Landkreisen hat sich allerdings niemand mit problematischen Geschäftsmodellen verzockt, sondern uns werden seit Jahren von Land und Bund neue Aufgaben aufgedrückt, ohne dass die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Es wäre daher viel wichtiger und auch langfristig sinnvoller, wenn Land und Bund sich nicht länger zu Lasten der Kommunen und Kreisen gesund rechnen und über Schuldenbremsen fabulieren, sondern endlich für eine ausreichende Finanzausstattung sorgen.

Die Ankündigung von Ministerpräsident Bouffier, dass er bei der Ausgestaltung des Rettungsschirmes darauf achten wolle, dass nicht Städte und Gemeinden belohnt werden, die bisher bei der Konsolidierung untätig waren, zeigt, dass der ehemalige Innenminister nur sehr wenig von den wirklichen Problemen der Kommunen wisse. Jede defizitäre Kommune und jeder defizitäre Landkreis in Hessen muss sich alljährlich mit den jedes Jahr verschärften Auflagen des Haushaltserlasses des Innenministeriums beschäftigen und sieht gleichzeitig, dass mit einem Federstrich bisher fest eingeplante Einnahmen durch Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene wegfallen. Wenn der Ministerpräsident davon ausgeht, dass es in Sachen Konsolidierung noch untätige defizitäre Gebietskörperschaften in Hessen gibt, dann weiß er augenscheinlich nicht wovon er redet.

Mit Blick auf die aktuellen Diskussionen auf Bundesebene, wo Politiker der Regierungskoalition - kaum dass es einen leichten Silberstreif am Konjunkturmilieu gibt - schon wieder über Steuererleichterungen philosophiert wird, habe ich allerdings große Zweifel, ob die geschilderten Einsichten auch wirklich nachhaltig wirken.

Wie gesagt: Bei einem solchen Fehlbetrag könnten wir das Buch zumachen - aber davon bin ich weit entfernt. Als direkt gewählter Landrat stehe ich in der Verantwortung, die Möglichkeiten zu nutzen, Steuergelder sparsam, effizient und effektiv einzusetzen. Ähnliches gilt auch für die Mitglieder des Kreistages. Die Hinweise der Kreistagsfraktionen zu zusätzlichen Einsparvorschlägen für den Kreishaushalt, die wir im Haupt- und Finanzausschuss besprochen haben, werden im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungsprogramms eine Rolle spielen - deshalb will ich an dieser Stelle darauf nicht eingehen.

Eingehen möchte ich auf zwei aktuelle Hilfestellungen für Kommunen und Landkreise, was bei dieser prekären Situation zu tun ist. Der Landesrechnungshof hat sich in seiner letzten überörtlichen Prüfung, die am 20. Oktober veröffentlicht wurde, auch mit der Finanzsituation der Landkreise beschäftigt. Ich möchte im folgenden aus dem Abschlussbericht der 134. Prüfung zitieren: „Gemeinden können ihre Haushaltslage durch Erhöhung der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuern, durch Beschränkung von freiwilligen Leistungen und durch eine angemessene Erhebung von Gebühren beeinflussen. Landkreisen bieten sich keine vergleichbaren Stellschrauben. Der Anteil an freiwilligen Leistungen, die abgebaut werden könnten, ist im Vergleich zu den Gemeinden begrenzt“. Weiter heißt es beim Rechnungshof: „Die Landkreise können mit einer weiteren Erhöhung der Kreis- und Schulumlage nicht mehr hinreichend reagieren.“

Ein Haushaltsausgleich erscheint insofern – insbesondere unter Berücksichtigung der aufgelaufenen Defizite – dann nur noch möglich, wenn Veränderungen an den finanziellen Rahmenbedingungen vorgenommen werden“. Im Rahmen der Prüfung hat der Landesrechnungshof übrigens ausgerechnet, dass der Odenwaldkreis seine Kreis- und Schulumlage auf 70 Prozent anheben müsste, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Daran wird die Dimension der Problematik gut deutlich.

Der Steuerzahlerbund Hessen empfiehlt diesen Abschlussbericht, da er den Kommunen den Weg zu Einsparungen weisen würde. Da haben die Experten des Steuerzahlerbundes wohl nicht alles gelesen! Aber schauen wir doch an der Quelle nach: Der Steuerzahlerbund hat selbst ein Papier veröffentlicht, in dem er auflistet, wo Kommunen sparen können. Ich will nur wenige Beispiele nennen, um zu zeigen, welche Einsparpotenziale schlummern. Die Tipps zum Sparen für Kommunalhaushalte stammen vom August 2010 und beginnen mit der interessanten Forderung „Auf Straßenrückbau verzichten“. Wird gemacht! Bringt allerdings bei der Straßenunterhaltung keine Einsparung. Zwei Spiegelstriche weiter empfiehlt der Steuerzahlerbund: Straßenausbauprogramme unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung sowie von Entwicklungen örtlicher oder regionaler Art kritisch überprüfen und regelmäßig aktualisieren“. Was nun, wenn dabei die Notwendigkeit eines Straßenrückbaus herauskommt? Diese Frage wird leider nicht beantwortet.

Der Steuerzahlerbund beschäftigt sich aber nicht nur mit größeren Haushaltspositionen. So fordert er unter anderem auch, dass „bei der Stiftung von Preisen und Pokalen für sportliche Wettbewerbe äußerste Zurückhaltung geübt werden soll“. Hier scheint mir die Auswirkung auf den kommunalen Haushalt allerdings überschaubar zu sein. Lassen Sie mich zum Schluss noch einen spannenden Vorschlag des Steuerzahlerbundes erwähnen: „Als Kommunalpolitiker auf strategische Entscheidungen zum Wohle der Gemeinde/Stadt („was muss/soll passieren?“) konzentrieren. Das „Wie“ der Verwaltung weitgehend überlassen“. Da ich mich gerade wieder mit Forderungen einer Kreistagsfraktion nach Veröffentlichung von Stellenbeschreibungen der Mitarbeiter der Kreistagsverwaltung beschäftigen musste, habe ich für diese Forderung der Finanzexperten große Sympathie.

Zusammenfassend lässt sich aus meiner Sicht feststellen, dass beide, Landesrechnungshof und Steuerzahlerbund, nicht wirklich in der Lage sind, Vorschläge zur Verringerung von jahresbezogenen Fehlbeträgen in einer Größenordnung zu unterbreiten, die eine relevante Haushaltsentlastung bringen würden. Außerdem ist vieles von dem, was gefordert wird, bei uns – und auch bei anderen defizitären Gebietskörperschaften – seit langem umgesetzt.

Wir haben ein Einnahmeproblem und diese Problem betrifft nicht nur uns, sondern auch alle kreisangehörigen Kommunen. Es bleibt dabei, dass die Kreis- und Schulumlage der größte Einnahmeposten des Landkreises ist. Ich werde bei den Aufwendungen auf ein Grundproblem dieser Entwicklung eingehen. Für das Jahr 2011 rechnet der Kreisausschuss mit Erträgen aus dieser Quelle in Höhe von **114,5** Millionen Euro. Das sind knapp 15 Millionen Euro weniger als im Jahr 2010 und dass, obwohl wir an der Umlage nichts geändert haben. Der Kreisausschuss schlägt Ihnen vor, die Höhe von Kreis- und Schulumlage auf insgesamt **58 Prozent** zu belassen. Durch die kostendeckende Berechnung der Schulumlage ergibt sich zwischen Kreis- und Schulumlage eine interne Verschiebung: Die Schulumlage beträgt zukünftig **26,5 Prozent**, die Kreisumlage verringert sich damit auf **31,5 Prozent**. Ich weiß, dass es über die Höhe der Kreis- und Schulumlage bei den kreisangehörigen Kommunen wieder Diskussionen geben wird. In realen Zahlen jedoch wird sich die Höhe der Umlage für nahezu alle Kommunen im Kreis gegenüber dem Vorjahr verringern. Das hängt mit der zeitversetzten Berechnung der Umlagegrundsätze zusammen. Nur zur Erinnerung: Die Höhe der Zahlungen für die Kreis- und Schulumlage richtet sich nicht nach den jeweils aktuellen Einnahmen der Kommunen, sondern nach den Einnahmen der Vergangenheit. Für den Haushalt 2011 ist dies die zweite Jahreshälfte 2009 und die erste Jahreshälfte 2010. Die aktuell wieder steigenden Steuereinnahmen bei den Kommunen werden sich also erst für den Haushalt 2012 auswirken.

Mit Blick auf die Vorgaben des Landes und der Aufsichtsbehörde können wir als Kreisausschuss auf diese Festschreibung der Kreis- und Schulumlage nicht verzichten.

Nicht nur hier wird deutlich, dass wir die Auflagen des Regierungspräsidenten zum Haushalt ernst nehmen. Das gilt auch für die Selbstverwaltungsaufwendungen, wo wir erneut bereits im Nachtragshaushalt 2010 eine Verringerung um 110.000 Euro erreicht haben. Ich kündige hier allerdings bereits an, dass ich jetzt keine weiteren Einsparungen in diesem Bereich mehr sehe.

Bei den Schlüsselzuweisungen des Landes geht der Entwurf des Haushaltplanes von einer Gesamtsumme (einschließlich der besonderen Finanzaufweisungen für Jugendhilfe, Sozialhilfe und Schulbau) von Erträgen in Höhe von insgesamt **47,5** Millionen Euro aus. Das sind erneut **0,5** Millionen Euro weniger als 2010. Die Zuweisungen des Landes für die vielen im Auftrag des Landes wahrgenommenen Aufgaben liegen damit bei weniger als einem Viertel aller Erträge des Ergebnishaushaltes. Diese bereits seit Jahren andauernde Zurückhaltung des Landes zu Lasten der Kommunen bedeutet in der Konsequenz, dass die Kreisumlage und damit die Kommunen die Hauptlast der Finanzierung von Aufgaben übernehmen, die uns von Bund und Land übertragen wurden. Das ist eine vollkommen falsche Entwicklung und der Hessische Landkreistag hat bereits entschieden, dass er dies nicht länger klaglos hinnehmen wird.

Ich erinnere hier gern nochmals an den Sinn und Zweck von Schlüsselzuweisungen des Landes. Mit den Schlüsselzuweisungen sollen die Unterschiede in der Finanzkraft zwischen den einzelnen Empfängern verringert werden. Hintergrund dieser Regelung ist die Forderung des Grundgesetzes in Artikel 72 Absatz 2, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Staatsgebietes sicherzustellen sind. Außerdem dienen die allgemeinen Finanzaufweisungen dazu allgemein alle Lasten, die auf die Kommunen (z.B. durch gesetzliche Regelungen) entfallen, abzumildern. Wie bereits mehrfach erläutert, sind die Aufwendungen des Kreises im großen Umfang durch gesetzliche Regelungen auf Bundes- und Landesebene vorgegeben. Wenn diese Aufwendungen dann größtenteils durch Beiträge der kreisangehörigen Kommunen abgedeckt werden, dann wird dem Sinn und dem Text des Hessischen Finanzausgleichgesetzes nicht mehr entsprochen.

„Der Aufschwung soll in der Mitte der Gesellschaft ankommen!“ Das fordert die Bundeskanzlerin und ich wünsche uns allen, dass der Aufschwung auch wirklich in der Mitte der Gesellschaft und nicht nur bei den stärksten Lobby- und Interessengruppen ankommt. Im Landkreis Kassel ist der Bildungsaufschwung in den Schulen, bei den Lehrern und den Eltern in diesem Jahr endgültig angekommen. Zusammen mit unserem ÖPP-Programm, den Sonderinvestitionsprogrammen von Bund und Land und den „normalen“ Schulbauinvestitionen aus dem Ergebnis- und Finanzhaushalt haben wir seit 2006 rund 300 Millionen Euro in bessere Bildung investiert. Und bei jedem Abschluss einer Sanierungsmaßnahme, bei jedem Besuch einer sanierten Schule stellt man fest, dass sich diese Investition gelohnt hat. Ich bedanke mich daher gern nochmals bei den Mitgliedern des Kreistages, die mit ihren Beschlüssen dafür gesorgt haben, dass der Landkreis Kassel in Hessen beim baulichen Zustand und bei der Ausstattung der Schulen an der Spitze liegt – und ich bin mir sicher, dass wir auch bundesweit einen vorderen Rang belegen. Dies zeigt nicht zuletzt die hohe Frequenz von Besuchen von Bildungsdelegationen aus Hessen und anderen Bundesländern, die sich über unseren Weg, Schulen fit für die Zukunft zu machen, informieren wollen. Das wir uns für diese Investitionen entschieden haben, ist alles andere als selbstverständlich: Es gibt leider noch genügend Schulträger in Hessen und anderenorts, bei denen in den Klassen neben den Lehrern und Schülern auch Abstützvorräte für Decken vorzufinden sind, die ansonsten einzustürzen drohen.

Allein für die ÖPP-Mieten für unsere Schulen geben wir im Haushalt 2011 14,7 Millionen Euro aus. Würde man diese Summe von unserem Jahresfehlbetrag abziehen, lägen wir bei 34,2 Millionen Euro und damit nur geringfügig über den Landkreisen Waldeck-Frankenberg und Hersfeld-Rotenburg, die allerdings weniger Einwohner haben.

Der Bildungsaufschwung im Landkreis Kassel geht im übrigen an keinem vorbei.

Die Investitionen in Steine haben bei den Schulen dazu geführt, dass bereits vorhandene pädagogische Neuorientierungen umgesetzt werden konnten oder neue Impulse für pädagogische Initiativen entstanden. Dass der Landkreis Kassel bei einer von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie zu den Bildungschancen von Hauptschülern bundesweit auf einem dritten Platz gelandet ist (mit weitem Abstand vor allen anderen hessischen Schulträgern) ist eine Bestätigung für die hervorragende Arbeit, die in unseren Schulen geleistet wird und für unseren Weg, Bildung als zentrale Zukunftsaufgabe zu begreifen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass zu einer leistungsfähigen Schule auch ein leistungsfähiges Sekretariat und Gebäudemanagement gehört. Beides stellen wir – natürlich unentgeltlich für das Land Hessen und die Schulleitungen – zur Verfügung. Fast ohne Beitrag des Landes finanzieren wir auch die Schulsozialarbeit flächendeckend an den weiterführenden Schulen im Landkreis – alle Fachleute sind sich übrigen einig, dass die Verzahnung von Jugendarbeit und Schule eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft ist.

Für Kinder und Eltern im Landkreis Kassel gilt auch in Zukunft, dass ein breit gefächertes Schulsystem mit wohnortnahen Grundschulen, einem differenzierten Förderschulangebot, kooperativen wie integrierten Gesamtschulen und mit grundständigen Gymnasium, leistungsfähigen Oberstufen und modernen Berufsschulen zur Verfügung steht. Das ist in vielen Landkreisen alles andere als selbstverständlich. Unser zukunftsorientiertes Modernisierungsprogramm und die Vielfalt unserer Schullandschaft kann sich sehen lassen und hält jedem Vergleich in Land und Bund stand. Darauf dürfen wir stolz sein.

Der Finanzhaushalt 2011 des Kreises ist nicht mehr von den Sonderinvestitionsprogrammen von Bund und Land geprägt. Im Schulbereich wird die Sanierung der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule in Kassel-Oberzwehren in den nächsten Jahren weiter unser Schwerpunkt sein – ein weiteres größeres Projekt ist die Sanierung der Sporthalle in Niestetal-Heiligenrode an der Wilhelm-Leuschner-Schule. Hier hat es im Sommerloch Verwirrung um eine vermeintliche neue Strategie des Landkreises bei der Beteiligung von Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung von schulisch genutzten Sportstätten gegeben. Noch einmal stelle ich hier klar: Wir werden die Sanierung und Modernisierung von schulischen Sportstätten nicht an der finanziellen Leistungsfähigkeit von Kommunen orientieren, sondern allein an den bautechnischen Notwendigkeiten. Und wie in der Vergangenheit auch, werden wir mit den betroffenen Kommunen die Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben im Vorfeld intensiv besprechen, um so die kommunalen Interessen umfassend berücksichtigen zu können.

Wenn es dann zu einer öffentlichen Partnerschaft von Kreis und Kommune kommt, ist das im Interesse von beiden Partnern und hilft im übrigen all denjenigen, die finanziell schlechter dastehen, da wir so Maßnahmen schneller umsetzen können und unsere Sanierungsliste schneller abarbeiten können.

Es kann nicht oft genug betont werden, dass der Kreis für Sozialhilfe, Grundsicherung und die Kosten für Unterkunft und Heizung für Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie die unterschiedlichen Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe erhebliche Mittel aufbringen muss. Im Haushaltsjahr 2011 rechnet der Kreisausschuss damit, dass für Familie, Jugend und Soziales 126 Millionen Euro investiert werden müssen. Diese Zahlen gehen davon aus, dass sich der Arbeitsmarkt weiter so positiv entwickelt.

Bei den Kosten für Unterkunft und Heizung für Bezieher von ALG II werde ich immer wieder gefragt, warum bei zurückgehenden Arbeitslosenzahlen dieser Aufschwung in der Mitte der Kreiskasse nicht ankommt. Zum einen haben wir keine starken Rückgänge bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Die positiven Effekte des Arbeitsmarktes wirken sich besonders bei der Bundesagentur für Arbeit aus – die Zahl der sogenannten Aufstocker und die Zahl derjenigen, die auch bei sich verbessernden Aussichten auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben, verringert sich leider nicht. Außerdem zieht sich der Bund immer mehr aus der Finanzierung der Unterkunftskosten zurück. 2007 betrug der Bundesanteil an den Unterkunftskosten noch 31,2 Prozent – 2011 beträgt er nur noch 23 Prozent. Somit wenden wir aus kommunalen Einnahmen 17,01 Millionen Euro für eine Bundesaufgabe auf – erneut eine Million Euro mehr, als in 2010.

Ähnliches gilt für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit. Hier steigen die Zahlen – und sie werden in Zukunft weiter steigen – die Beteiligung des Bundes bleibt seit 2003 ungefähr gleich, so dass wir im Haushalt 2011 6 Millionen Euro aus Mitteln der kreisangehörigen Kommunen zuschießen müssen.

Die Mitarbeiter der Kreisverwaltung sind sich bewusst darüber, dass sie größtenteils aus den Mitteln der kreisangehörigen Kommunen bezahlt werden. Es ist dringend überfällig, dass sich Ministerialbeamte auf Bundes- und Landesebene auch mit dieser Frage beschäftigen. Es muss endlich Schluss sein mit der Aufgabenverteilung, dass Berlin und Wiesbaden entscheiden und die Kommunen bezahlen!

Vieles in unserem Haushalt auf der Aufwendungsseite ist fremdbestimmt. Das wirkt sich meistens negativ aus – manchmal hat man aber auch Glück. Wir haben Glück, dass die Zinsaufwendungen für Kassenkredite auf einem historisch niedrigem Niveau sind. Wir gehen davon aus, dass dieses Glück nicht mehr lang anhält. Deswegen stellen wir uns darauf ein, dass wir für Zinszahlungen in den nächsten Jahren wieder mehr Geld in die Hand nehmen müssen.



Eine erste kleine Steigerung ist bereits im Haushalt 2011 eingeplant – wenn wir wieder Zinssätze für Kassenkredite wie in den Jahren 2007/2008 zahlen müssen, werden sich die Belastungen für den Kreishaushalt in diesem Bereich erheblich erhöhen.

In die Modernisierung der Kreisstraßen investiert der Kreis im nächsten Jahr rund 6,3 Millionen Euro. Das hört sich viel an – bei genauerem Hinsehen schrumpft dieser Betrag allerdings stark. Nimmt man die flughafenbedingten Straßenbaumaßnahmen an der B 7, der K 50 und der K 32 bei Calden heraus, stehen rund 3,9 Millionen Euro zur Verfügung. Das wird jedoch ausreichen, um die erforderlichen Eigenmittel für bezuschusste Straßenbaumaßnahmen zur Verfügung stellen zu können. Die größten Baumaßnahmen im Jahr 2011 sind die Sanierung der Kreisstraße 6 zwischen Kaufungen-Oberkaufungen und dem Abzweig Sensenstein (600.000 Euro), die K 59 zwischen Hofgeismar-Kelze und dem Abzweig an der B 3 (730.000 Euro) und die K 38 zwischen Espenau-Hohenkirchen und Fuldataal-Rothwesten (900.000 Euro). Was davon letztlich realisiert werden kann, hängt von den Bewilligungszusagen des Hessischen Landesamtes für Straßen- und Verkehrswesen ab.

Für den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden sind 1,9 Millionen Euro als Finanzierungsanteil eingeplant – dies entspricht den erwartbaren Baufortschritt im nächsten Jahr. Bei der RegioTram sind 650.000 Euro als Anteil für den Bau des dritten Gleises im Bahnhofsbereich Vellmar-Obervellmar eingeplant.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen für die Kreisverwaltung belaufen sich im nächsten Jahr auf rund **52,3** Millionen Euro. Im Jahr 2010 hatten die Aufwendungen noch 50,1 Millionen Euro betragen. Hier macht sich die bereits beschlossene Tarifierhöhung von 0,8 Prozent und die tarifvertraglich vereinbarte Einmalzahlung von 240 Euro bemerkbar.

Der Stellenplan 2011 weist 937 Planstellen; das sind 43 Planstellen weniger, als 2010. Das hört sich unter Spargesichtspunkten toll an und mancher Politiker würde sich wohl mit diesen Zahlen brüsten. Richtigerweise muss jedoch festgestellt werden, dass die bisher für die ARGE benötigten Stellen durch die Neuorganisation der Jobcenter nicht mehr in unserem Stellenplan auftauchen, da das Jobcenter einen eigenen Stellenplan aufstellt. Trotzdem haben wir seit 2005 26 Stellen in der Kreisverwaltung eingespart. Wir sind im Personalbereich gut aufgestellt und Vergleiche mit anderen Gebietskörperschaften zeigen, dass wir effizient mit unseren Personalressourcen umgehen. Ein Beispiel: Eine externe Untersuchung des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Jugendamt hat ergeben, dass wir dort zusätzliche Stellen benötigen. Wir haben unser Ziel verfehlt, im Jahr 2011 12 Stellen einzusparen – gerade in Bereichen, wo eine nachgewiesene Stellenunterausstattung strafrechtlich relevant wird, können wir uns ein „Sparen auf Teufel komm raus“ nicht leisten.

Wie fast immer konnte in den letzten Jahren im Entwurf des Nachtragshaushalts gegenüber dem Grundhaushalt eine Verringerung des ausgewiesenen Fehlbedarfs verzeichnet werden. Das zeigt leider nicht immer, dass sich die grundsätzlichen Problemlagen im Haushalt während des laufenden Haushaltsjahres entscheidend verbessert haben. Trotzdem bleibt festzuhalten: Der Fehlbedarf hat sich gegenüber dem Grundhaushalt um 5,9 Millionen Euro auf 21,4 Millionen Euro verringert.

Diese Fehlbedarfsverringerung hat eine Reihe von Gründen: Zum einen haben sich die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen im Zusammenhang mit der Erhebung einer Zinsdienstumlage für die Darlehen aus dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm erhöht. Zum anderen haben sich die Aufwendungen im Ergebnishaushalt um rund 4,4 Millionen Euro verringert. Das zeigt, dass wir unsere Möglichkeiten, sparsam und effizient zu wirtschaften realisieren. Dazu hat die vom Kreisausschuss beschlossene Ausgabensperre ihren Teil beigetragen.

Ich komme noch mal zum Abgrund vom Anfang zurück. Aus eigener Kraft und ohne massive Verletzung gesetzlicher Aufgabenverpflichtungen wird kein hessischer Landkreis in den nächsten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können – geschweige denn seine Defizite abbauen können.

Das heißt nicht, dass wir nicht sparsam mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umgehen. Es heißt aber auch, dass ein strukturelles Defizit nur mit strukturellen Maßnahmen zu verändern ist. An einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führt kein Weg vorbei.

Die **Eigenbetriebe Jugend- und Freizeiteinrichtungen, Regionale Abfallentsorgung und Kliniken** legen Ihnen heute die Entwürfe der Wirtschaftspläne für das Jahr 2011 vor. Alle Wirtschaftspläne zeigen, dass in den Eigenbetrieben vernünftig und verantwortungsbewusst gearbeitet wird. Mit dem Haushaltsentwurf wird Ihnen auch der Entwurf eines **Investitionsprogramms und eines Finanzplanes für den Zeitraum 2010 bis 2014** mit der Bitte um Beschlussfassung bzw. Kenntnisnahme vorgelegt.

Der vorliegende Entwurf des Investitionsprogramms ist angepasst an die Investitionsnotwendigkeiten der nächsten Jahre. Bisherige Prioritäten wurden neu bewertet und bisher nicht erfasste aber inzwischen als notwendig erkannte Maßnahmen in den Plan aufgenommen.

Die Zusammenstellung erfolgte aufgrund der Anmeldungen der Fachämter und Fachbereiche. Neben der sachlichen Dringlichkeit war die Finanzierbarkeit maßgeblich für die zeitliche Einordnung angemeldeter Projekte. Trotzdem kann es immer wieder vorkommen, dass geplante Projekte nicht zu dem Zeitpunkt realisiert werden können, wie ursprünglich angenommen.

Der Entwurf für den Haushalt 2011 sowie des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2010 bis 2014 und der Nachtragshaushalt 2010 sind damit eingebracht.

Ich bitte Sie um Beratung mit dem Ziel eines positiven Beschlusses.

Uwe Schmidt  
Landrat